

# Für einen schnellen Kohleausstieg

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG DES LANDESJUGENDRINGS AM 17.11.2018

Als junge Generation werden wir von den negativen Folgen des Klimawandels, der durch ein längeres Festhalten an der Kohle zur Stromerzeugung verstärkt wird, besonders betroffen sein. Deshalb fordern wir gemeinsam als Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg:

## **1. Eine Politik, die sich an den Interessen der Gesellschaft und nicht der Konzerne orientiert!**

Nach wie vor richtet sich die Landespolitik zu stark an den Interessen der Konzerne aus und setzt nicht um, was notwendig wäre um die Klimaziele des Landes zu erreichen. Das können wir nicht länger zulassen! Wir fordern, dass die Energieversorgung im Land rasch unabhängig vom klimaschädlichen Kraftwerksbetrieb wird. Wir wollen, dass verstärkt auf den dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien gesetzt wird<sup>1</sup>. Photovoltaikanlagen müssen auf allen geeigneten Neubauten installiert werden. Bei gewerblichen Bauten sollte dies verpflichtend sein, bei Privatbauten müssen zumindest die Anschlüsse vorgesehen werden.

## **2. Einen Ausstieg aus der Kohle!**

Wir brauchen dringend einen Fahrplan für den zeitnahen Ausstieg aus der Kohle und allen weiteren fossilen Energieträgern in Baden-Württemberg zur Erreichung des 1,5-Gradziels. Dies beinhaltet neben der Strom- auch die Wärmeversorgung.

Wir fordern, dass sich das Land bei allen ihm bietenden Möglichkeiten auch auf Bundesebene (z.B. im Bundesrat) für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Kohle einsetzt. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Interessen der betroffenen Beschäftigten berücksichtigt werden und daher konkrete und von Unternehmen und öffentlicher Hand finanzierte Konversions- und Investitionskonzepte, Übergangs- und Weiterbildungsregelungen und andere auf Beschäftigungs- und Perspektivsicherung

---

<sup>1</sup> [www.stiftung-mercator.de/de/unsere-stiftung/presse/mitteilungen/nachrichten/energiewende-durch-mehr-dezentralisierung](http://www.stiftung-mercator.de/de/unsere-stiftung/presse/mitteilungen/nachrichten/energiewende-durch-mehr-dezentralisierung), abgerufen am 18.10.18

ausgerichtete Maßnahmen umgesetzt werden. Der notwendige Wandel in der Energieversorgung darf nicht auf den Rücken der Beschäftigten erfolgen!

Zudem soll das Land bei allen öffentlichen Gebäuden, Ämtern usw. konsequent auf echten Ökostrom umstellen. Dabei sind Anbieter ausgenommen, die zu Konzernen gehören, die auch Kohlestrom anbieten. Das Land soll seine Vergaberichtlinien außerdem dahingehend verändern, dass nur tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen beauftragt werden dürfen, damit auch im Rahmen der Energiewende der Tarif- und Mitbestimmungsflucht kein Vorschub geleistet wird.

### **3. Investitionsstopp in Kohle!**

Wir fordern, dass das Land nicht neu in Konzerne investiert, die an der Kohleindustrie verdienen. Gleichzeitig wollen wir, dass das Land bisherige Investitionen in diesem Bereich zurückzieht. Die Entscheidung aus dem Jahr 2017, Kapitalanlagen für Beamtenpensionen aus dem Kohle- und Ölsektor abzuziehen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Investitionen in Unternehmen, die Kohle und Erdöl transportieren, verarbeiten und verbrennen, sind jedoch weiterhin möglich<sup>2</sup>.

Zudem fordern wir, dass die Landesbank Baden-Württemberg ihre Richtlinien zum Klimaschutz überarbeitet. Es sind schon teilweise Finanzierungen für Kohlekraftwerke ausgeschlossen. Allerdings gibt es laut dem aktuellen „Fair Finance Guide“ keinen Hinweis darauf, wie bei der Verwaltung von eigenen Geldern, Geldern von Kund\*innen oder im Kreditgeschäft Richtlinien zum Klimaschutz berücksichtigt werden<sup>3</sup>.

### **4. Kohleausstieg selber machen!**

Da die Dringlichkeit eines schnellen Kohleausstiegs auch die Ebene der Verbände betrifft, verpflichten sich die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings zudem dazu, in allen Geschäftsstellen und Bildungsstätten auf echten Ökostrom umzustellen, insofern dies noch nicht geschehen ist. Darüber hinaus setzen Sie sich auch bei Ihren jeweiligen Erwachsenenverbänden ein.

### **Begründung**

Bei der Kundgebung „Wald retten-Kohle stoppen“ am 6. Oktober haben sich 50.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligt und für den Erhalt des Hambacher Waldes und einen wirkungsvollen Klimaschutz demonstriert<sup>4</sup>. Dies und auch die vielen weiteren Demonstrationen haben gezeigt, dass sich eine breite Mehrheit der Gesellschaft für den Kohleausstieg ausspricht. Am Tag vor der Demonstration hat das

---

<sup>2</sup> [www.fossilfreestuttgart.wordpress.com/2017/08/06/bw-reduziert-investitionen-in-kohle-oel-und-gas-bei-der-beamtenpension](http://www.fossilfreestuttgart.wordpress.com/2017/08/06/bw-reduziert-investitionen-in-kohle-oel-und-gas-bei-der-beamtenpension), abgerufen am 18.10.2018

<sup>3</sup> [www.fairfinanceguide.de/ffg-d/banken/lbbw](http://www.fairfinanceguide.de/ffg-d/banken/lbbw), abgerufen am 18.10.2018

<sup>4</sup> [www.bund.net/aktuelles/detail-aktuelles/news/50000-demonstrieren-am-hambacher-wald-fuer-schnellen-kohleausstieg/](http://www.bund.net/aktuelles/detail-aktuelles/news/50000-demonstrieren-am-hambacher-wald-fuer-schnellen-kohleausstieg/), 8.10.2018

Oberlandesgericht Münster aufgrund einer Klage in einem Eilverfahren über einen vorläufigen Rodungsstopp verfügt. Bis 2020 werden vorerst keine Bäume im Hambacher Wald gefällt – Das ist ein großartiger Sieg für unsere Zukunft! Was danach geschehen wird, ist jedoch unklar. Der Kampf um den verbliebenen Hambacher Wald ist ein Symbol der Klimabewegung, denn Kohlekraft ist eine veraltete und dreckige Technologie, die den Klimawandel beschleunigt.

Auch in Baden-Württemberg wird Kohle als Energielieferant in großem Stil verheizt: 29,1% des Stroms wurden im Jahr 2016 aus Steinkohle gewonnen. Nur 25,3 % stammen aus erneuerbaren Energieträgern<sup>5</sup>. Das Klimaschutzgesetz Baden-Württembergs sieht als zentrales Ziel eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 25 % bis 2020 und um 90 % bis 2050 bezogen auf 1990. Laut aktuellem Stand wird Baden-Württemberg dieses Ziel bis 2020 nicht erreichen<sup>6</sup>.

Am 8. Oktober veröffentlichte der Weltklimarat IPCC einen Bericht, der die Lage des Weltklimas in einem dramatischen Licht darstellt. Das globale Ziel der maximalen Erderwärmung um 1,5°C sei nur zu erreichen, wenn wir bis zum Jahr 2030 40% weniger CO<sub>2</sub> als im Jahr 2010 emittieren. Bis 2050 dürften keine zusätzlichen Emissionen entstehen. Bei einer Erwärmung um zwei oder mehr Grad würde Millionen Menschen die Lebensgrundlage entzogen<sup>7</sup>.

Währenddessen beschäftigt sich die seit Juni eingesetzte, sogenannte Kohlekommission (Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung), zusammengesetzt aus Vertreter\*innen von Regierung, Gewerkschaften, Umwelt- und Unternehmensverbänden, Regionen und Wissenschaft, mit dem Kohleausstieg in Deutschland<sup>8</sup>. Die Verhandlungen laufen zäh und eine Einigung scheint weiter entfernt denn je.

Karlsruhe, den 17.11.2018

---

<sup>5</sup> [www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2017312](http://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2017312); 18.10.2018

<sup>6</sup> [www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20180801](http://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20180801); 18.10.2018

<sup>7</sup> BUND-Pressemitteilung: IPCC-Bericht: Umstellung der weltweiten Wirtschaftsweise nötig. BUND fordert wirksame Maßnahmen, um 1,5- Grad-Grenze nicht zu reißen: [www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen](http://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen), abgerufen am 18.10.2018

<sup>8</sup> [www.bmu.de/meldung/kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung-nimmt-arbeit-auf/](http://www.bmu.de/meldung/kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung-nimmt-arbeit-auf/); 8.10.2018